

Reformpolitik in Frankreich: Erfolge und Widerstände

XX. Jahrestagung des dfi vom 1. bis 3. Juli 2004 in Ludwigsburg

Wie reformfähig ist Frankreich? Sind Strukturreformen in modernen Industriestaaten überhaupt noch möglich? Werden die Regierungen, gleich welcher Couleur, vom Wähler abgestraft, sobald sie die unausweichlichen Reformen anpacken? Die Fragen standen im Mittelpunkt einer internationalen Tagung des dfi, die mehr als 100 Repräsentanten der akademischen und politischen Welt aus Frankreich und Deutschland, aus Großbritannien und den USA vom 1. bis 3. Juli 2004 in Ludwigsburg zusammenführte.

Hochrangige Wissenschaftler stellten ihre Forschungsergebnisse zur Debatte und suchten Antworten auf eine der Kernfragen im Europa der 25: In welchem Umfeld und unter welchen Bedingungen sind Strukturreformen heute denkbar, Reformen also, die Frankreich (und Deutschland) in die Lage versetzen, auch künftig eine tragende Rolle in einem größer gewordenen Europa zu spielen?

Dazu einige Kernaussagen aus den Vorträgen von Prof. Pierre Bréchon (Institut d'Etudes Politiques, Grenoble), Prof. Alistair Mark Cole (Universität Cardiff, GB), Prof. Zaki Laidi (Ceri-Science-Po, Paris) und Prof. Vivien Ann Schmidt (Universität Boston, USA).

Bréchon wies in seinem Eingangsreferat auf die starke Individualisierung der Bevölkerung hin und auf die Tatsache, dass die Steuerung von Reformen (pilotage) durch die politischen Akteure oftmals ungenügend ist.

Europäische Integration und die Dezentralisierung der Akteure der Zivilgesellschaft bringen es für Cole mit sich, dass der Nationalstaat nicht mehr alles selbst macht, sondern in einem Netzwerk internationaler, wirtschaftlicher und privater Akteure operiert, die sich je nach Anlass neu gruppieren.

Laidi zeigte die daraus sich ergebenden Konsequenzen für die Parteien am Beispiel der Linken in Frankreich. Solange diese den veränderten Rahmenbedingungen ihres politischen Handelns nicht Rechnung tragen, werden die linken Wähler das vereinigte Europa nicht als aktiven Gestalter (des als negativ empfundenen Wandels) sehen, sondern vielmehr als dessen Beschleuniger.

Im Schlussreferat stellte Schmidt ihre Untersuchungen über mögliche Reformstrategien in den europäischen Staaten und Amerika vor und kam zu dem Ergebnis: Wenn es keinen schlüssigen politischen Diskurs gibt, gibt es keinen Wandel, selbst wenn die sonstigen Kapazitäten des Staates für Reformen ausreichen sollten.

Die Tatsache, dass Frankreich und Deutschland, Großbritannien und Italien, die Niederlande, Schweden und Dänemark – nachweisbar - in einigen Politikfeldern weit reichende Reformen und Wandlungsprozesse vollzogen haben, sieht dfi-Direktor Prof. Frank Baasner als Indiz dafür, dass moderne Industrienationen Reformen erfolgreich durchführen können, ohne gleich vom Wähler abgestraft zu werden. Dies gilt allerdings nur, wenn sie die Spielregeln akzeptieren, die von globalisierten Märkten und europäischer Integration vorgegeben werden, und wenn es ihnen gelingt, die Bürger in einen die Reformen begleitenden Diskurs einzubinden.